

BUNDESBETEILIGUNGEN -

Es gibt Kernaufgaben in einem Staat, die private Unternehmen nicht oder nicht in ausreichendem Maße übernehmen. In einer sozialen Marktwirtschaft kann der Staat daher auch als Unternehmer tätig werden. Somit werden Leistungen für das Gemeinwohl garantiert.

DER STAAT ALS UNTERNEHMER

M1 FRAGEN UND ANTWORTEN ZU BUNDESBETEILIGUNGEN

? Warum betätigt sich der Staat als Unternehmer?

! Er tut dies, um wichtige Aufgaben im öffentlichen Interesse zu erfüllen, so übernimmt er zum Beispiel Kernaufgaben im Bereich der **Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge**, um die Grundbedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Dazu gehören Wasser- und Energieversorgung, Müllabfuhr oder Straßen- und Brückenbau. Ein anderer Bereich ist **Sicherheit**, wie etwa der Betrieb von Militärflughäfen oder Vollzugsanstalten. Der Staat beteiligt sich an **Bildung** und betreibt wichtige **Forschungsinstitutionen**. Auch **volkswirtschaftlich wichtige Unternehmen, Anstalten des öffentlichen Rechts** oder **Kapitalgesellschaften** können vom Staat getragen werden.

? Nach welchen Grundsätzen wird der Staat unternehmerisch tätig?

! Die wichtigsten Voraussetzungen sind:

- Es liegt ein wichtiges **Bundesinteresse** vor.
- Das Ziel der Aufgabe lässt sich auf andere Weise nicht besser und wirtschaftlicher erreichen: Hier greift das **Subsidiaritätsprinzip**.
- Der Bund hat einen angemessenen Einfluss auf das Unternehmen.
- Die Geschäftsführung und das Bundesinteresse werden regelmäßig geprüft.

Die Bundeshaushaltsordnung §65 gibt den rechtlichen Rahmen vor.

? Wieso heißt es „Bundesbeteiligungen“?

! Es gibt drei Gebietskörperschaften in Deutschland: Bund, Länder und Gemeinden. Der **Bund** kann beispielsweise direkt ein Unternehmen führen oder, wie es zumeist der Fall ist, sich **beteiligen**, beispielsweise, wenn er Aktien an der Deutschen Bahn AG hält, ein privates Unternehmen beauftragt oder mitfinanziert.

? Was passiert, wenn die staatliche Aufgabe erledigt ist?

! Staatliche Beteiligungen sollen in einer sozialen Marktwirtschaft auf ein Minimum reduziert werden. Sobald der Zweck erfüllt ist oder private Unternehmen die Aufgabe erledigen können, kann man Bundesbeteili-

gungen privatisieren. Das staatliche Unternehmen wird dann an ein privates Unternehmen verkauft. Bei Aktienunternehmen behält der Bund manchmal einen Aktienanteil und somit, teilweise vorübergehend, noch einen gewissen Einfluss. Dies ist in den vergangenen Jahrzehnten mit vielen ehemaligen Staatsunternehmen geschehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht des BMF April 2018



AUF EINEN BLICK

+ BEISPIELE FÜR STAATSUNTERNEHMEN UND BUNDESBETEILIGUNGEN

Früher (unter anderem):

Preussag AG **Volkswagen AG** **Lufthansa**

**Gemeinnützige Deutsche
Wohnungsbaugesellschaft mbH**

und heute:

Deutsche Telekom AG **Deutsche Post AG**

Kreditanstalt für Wiederaufbau **Deutsche Bahn AG**

Bundesdruckerei GmbH **Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH**

**Flughafen Berlin
Brandenburg GmbH** **Bayreuther Festspiele GmbH**

**Helmholtz-Zentrum für
Infektionsforschung GmbH** **Finanzmarkt-
stabilisierungsfonds
(FMS)**

**Zentrum für internationale
Friedenseinsätze gGmbH**

Der Bund und seine Sondervermögen waren 2016 unmittelbar an 106 Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts beteiligt.

Quelle: Bundesfinanzministerium

BUNDESBETEILIGUNGEN – DER STAAT ALS UNTERNEHMER

M2 BUNDESBETEILIGUNGEN NACH AUFGABENGEBIETEN

Anzahl der unmittelbaren Bundesbeteiligungen
nach Geschäftsinhalt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht des BMF April 2018, Seite 27

M3 DISKUSSION: VERSTAATLICHEN ODER PRIVATISIEREN?

In den letzten Jahrzehnten wurden viele Bundesbeteiligungen von privatwirtschaftlichen Trägern übernommen. Aktuell gibt es eine Kontroverse darüber, ob der Staat sich wieder stärker engagieren soll. Stimmen und Argumente:

Privatwirtschaftliche Unternehmen sind effizienter und flexibler und können sich besser auf den wettbewerbsorientierten Märkten behaupten.



In Großstädten und Ballungsgebieten sind die Mieten viel zu hoch! Dabei ist bezahlbares Wohnen ein Menschenrecht. Der Staat sollte eingreifen, „Miet-Haie“ enteignen und wieder mehr staatlich geförderten Wohnraum schaffen!



Wenn private Firmen zum Beispiel Pflegedienste und Krankenhäuser betreiben, müssen diese Einrichtungen sich privatwirtschaftlich als Unternehmen behaupten – also im besten Fall Gewinne machen. Der Gewinn darf aber nicht wichtiger sein als die Gesundheit der Patienten!



Was dem Staat, also der Solidargemeinschaft gehört, können die Bürgerinnen und Bürger beeinflussen: Arbeitsbedingungen, Kosten, Qualität oder Umweltschutz. Somit wird für das Gemeinwohl gesorgt.



In sozialistischen Staatsformen wie der ehemaligen DDR hat man ja gesehen, dass Staatsunternehmen und Staatsmonopole nicht funktionieren.



Mehr Privatisierung bedeutet auch mehr Wettbewerb. Und im Wettbewerbsdruck fallen die Preise. Das kommt den Verbrauchern zugute.



Ohne Bundesbeteiligungen gäbe es auch weniger Grundlagenforschung in wichtigen Bereichen, die vielleicht keine Profite bringen.



WEITERDENKEN

1. Erkläre mit eigenen Worten, warum es Bundesbeteiligungen gibt und mit welcher Begründung diese in einer sozialen Marktwirtschaft möglichst gering gehalten werden sollten. **M1**
2. Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sind die wichtigsten Bundesbeteiligungen. Recherchiert in Partnerarbeit zu einer dieser Beteiligungen des Bundes, und erstellt eine Zeitleiste (digital oder als Wandplakat) über ihre Entwicklung. Skizziert dabei auch, wie die Umwandlung von einem Staatsunternehmen zu einer Aktiengesellschaft in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit kommentiert wird. **M1/M2**
3. a) Diskutiert mit einem Lernpartner die Argumente zu Privatisierungen oder Verstaatlichungen. Entscheidet, ob es sich jeweils um ein starkes oder schwaches Argument handelt und vergibt entsprechend Sterne (★ = kaum überzeugend, ★★★★★ = sehr überzeugend).
b) Recherchiert in Kleingruppen nach einer aktuellen Kontroverse zum Thema Bundesbeteiligung. Stellt die Debatte vor und fasst zusammen, wer wofür mit welchen Gründen plädiert.
c) Haltet in der Lerngruppe eine Debatte zum Thema ab: Nutzt die Fallbeispiele von Bundesbeteiligungen aus **M1**, tauscht Pro- und Kontra-Argumente für die jeweiligen Beispiele aus und stimmt pro oder kontra Bundesbeteiligung ab. **M3**

WEITERKLICKEN

Das BMF erklärt die Beteiligungspolitik des Bundes. Im Beteiligungsbericht als Download findest du alle weiteren Bundesbeteiligungen an Unternehmen aufgelistet:
www.beteiligungsbericht.de



Video: PHOENIX-Wirtschaftslexikon – Verstaatlichung
www.youtube.com/watch?v=9NsLiWQ-ZfM